AG 60 plus: Newsletter Nr. 3

30.9.2014

Dieser Newsletter ist ein **Service des Bundesvorstandes der AG 60 plus**.

Er wird ehrenamtlich erstellt und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

**Inhalt:**

**S.1 Einladung zum 20-jährigen Jubiläum**

**S.3 Nachruf auf Ruth Brand**

**S.4 Bundesvorstand am 24.9.14**

**S.5 Parteivorstand am 20.9.14**

**S.6 Parteikonvent am 20.9.14**

**S.8 Digitaler Beirat der Organisationskommission am 19.9.14**

**S.9 Vernetzungstreffen der AG-Vorsitzenden am 20.9.14**

**S.10 Aus der Bundestagsfraktion**

**S.11 Aus den Landes- und Bezirksverbänden**

**S.14 Lesenswertes/Informationen**

**S.14 Termine**

1. **Achtung: Veränderung im Ablauf:**

**20-jähriges Jubiläum der AG 60 plus am 11.10.14 in Mainz**

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus feiert im Jahre 2014 ihr 20-jähriges Bestehen.

Sie wurde im April 1994 in Mainz gegründet und dort wollen wir auch Geburtstag feiern.

Zu unserer

**Festveranstaltung „20 Jahre AG SPD 60 plus“ am 11. Oktober 2014**

**im FAVORITE Parkhotel, Karl-Weiser-Str.1, 55131 Mainz**

dürfen wir Euch herzlich einladen.

Die Feier beginnt um **14.00 Uhr**, Einlass ist ab 13.00 Uhr.

Ihr könnt Euch auf ein interessantes Programm freuen.

*Musikalische Eröffnung durch die UHUs*

**14.00 Uhr Begrüßung durch die Bundesvorsitzende Angelika Graf**

**Grußwort: Alexander Schweitzer MdL,** Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

**Talkrunden:**

**„*Gut und sicher leben im Alter*“**

**Elke Ferner MdB**, ASF-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Gespräch mit **Dr. h.c. Jürgen Gohde,** Präsident des Zentrums Deutsche Altershilfe

 **„*Gut altern in der Arbeitswelt*“**

 **Petra Crone MdB**, demografiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion im Dialog mit **Prof. Dr. Gerhard Nägele**, Professor für soziale Gerontologie, Direktor des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund (angefragt)

*Musikalische Pause*

**Festrede:**

**Dr. Ralf Stegner MdL, Stellvertretender Parteivorsitzender**

**Ca. 16.00 Uhr** **Schlusswort: Angelika Graf**

**Abschluss: Ausklang und gute Gespräche bei Sekt und Häppchen**

Über eine Teilnahme würden wir uns sehr freuen. Wir bitten Euch um Anmeldung unter **ags.themenforen@spd.de**

**Angelika Graf** **Peter Schöbel**

Bundesvorsitzende Stellvertr. Bundesvorsitzender

1. **Eine traurige Nachricht:**

**Ruth Brand, unsere Stellvertretende Bundesvorsitzende ist tot. Sie verstarb am 13. August 2014 in ihrer Wohnung in Essen.**

Von Ruth Brands Tod wurden die Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses sowie die Landes- und Bezirksvorsitzenden zeitnah informiert. Die Trauerfeier fand in einem sehr würdigen und familiären Rahmen im Beginenhof in Essen statt, wo Ruth auch gewohnt hat. Es war für uns – Peter, Gesche und mich – eine große Ehre, dort von Ruth Abschied nehmen zu können. Zusätzlich haben wir eine Traueranzeige in der WAZ geschaltet.

Nachfolgend das Konzept meiner Kondolenzrede am 23. August 2014 in Essen.

*„In tiefer Trauer nimmt die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus Abschied von*

***Ruth Brand***

*Sie war seit 2003 unsere stellvertretende Bundesvorsitzende.*

*Auch von meinen Vorgängern im Amt der Bundesvorsitzenden, Otto Graeber und Erika Drecoll, die sie beide auch im Vorstand erlebt haben, darf ich Ihnen, liebe Angehörige und Freunde, unser tief empfundenes Mitgefühl übermitteln. Mir war sie – bei einem Altersunterschied von fast 20 Jahren – in den letzten Jahren so etwas wie eine mütterliche Freundin geworden.*

*Ihr großes Wissen und Engagement in der internationalen Politik hat uns bei unserer Arbeit viel geholfen. Die Tatsache, dass sie als sehr junge Frau beim Internationalen Währungsfond gearbeitet hat, hat man bei den Debatten, die wir mit ihr führen durften, oft bemerkt. Ebenso ihr pädagogisches Engagement. Und sie war „vernetzt“ im besten Sinne.*

*Prägend für ihren Kampf gegen die Armut auf der Welt war wohl die Arbeit beim Bundesverband der AWO, welche sie bis 1995 ausführte, zuerst als Referentin für Familienpolitik, danach als Leiterin der Abteilung Internationales und des AWO-Büros in Brüssel. Als Vertretung der AWO in verschiedenen Gremien wie z.B. bei der internationalen Armutskonferenz, hatte sie von 1994-1996 den Vorsitz des Europäischen Armutsnetzwerks inne. Danach war sie gewählte ehrenamtliche Sprecherin des Deutschen NRO-Forums Weltsozialgipfel und hat an UN-Konferenzen als NRO-Mitglied der Deutschen Regierungsdelegation teilgenommen.*

*Weil Armut bzw. der Kampf dagegen auch immer etwas mit den sozialen Sicherungssystemen zu tun hat, hat sie auch in der Arbeitsgruppe AGE, einem Zusammenschluss von NGO, die beratend bei den EU-Vorhaben zu deren „Reform“ tätig sind, mitgearbeitet.*

*Dazu kamen Lehraufträge in Marburg und Köln.*

*SPD-Mitglied war Ruth seit 1968. Sie hat sich – wie viele der Frauen, die heute auch in der AG 60 plus mitarbeiten - stark in die Frauenpolitik der örtlichen AsF eingebracht. Die Tatsache, dass Frauen stärker von Armut betroffen sind als Männer und – gerade in der Generation, der Ruth angehörte – auch oft benachteiligt wurden, war wohl einer der Gründe für dieses frauenpolitische Engagement. Auch bei uns, der AG 60 plus, hat sie immer wieder auf die Situation der Rentnerinnen hingewiesen.*

*Ganz besonders wichtig waren ihr die Europapolitik und die europäische Idee. Zweimal hat sie als Nachrückerin für das Europäische Parlament kandidiert. Für die AG 60 plus war sie „unsere Frau in Europa“. Sie hielt die Kontakte zu den Seniorenorganisationen der europäischen sozialdemokratischen Parteien, fuhr immer wieder für uns zu deren Kongressen. Und brachte interessante Informationen von dort mit. Informationen, die uns auch die Möglichkeit gaben, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Die Frage, wie wir das künftig regeln, wird uns vor große Schwierigkeiten stellen.*

*Der Kampf gegen Diskriminierung – insbesondere gegen Altersdiskriminierung - war ein weiteres Themenfeld, dem sich Ruth mit ganzem Herzen widmete. Sie wies uns immer wieder auf versteckte Diskriminierungstatbestände hin und vertrat ihre Position auch im Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.*

*Wir werden sie nicht vergessen.“*

1. **Bundesvorstand am 24.9.14 (Telefonschaltkonferenz)**

Anwesende: Angelika Graf, Peter Schöbel, Heidemarie Fischer, Norwin Dorn, Volker Edeling

Entschuldigt: Gesche Peters, Reinhold Hemker, Jürgen Rischar, Lothar Binding

1. **Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der letzten Vorstandssitzung am 29.7.14**

**In tiefer Trauer hat sich die AG 60 plus bei der Trauerfeier in Essen am 23.8.14 von Ruth Brand verabschiedet. Würdigung von Ruth s.o.**

Mit großem Bedauern nahm der Vorstand zur Kenntnis, dass **Klaus Hagemann** sein Mandat als Beisitzer im Bundesvorstand wegen der Überlastung durch seine breit gefächerte ehrenamtliche Arbeit vor Ort am 22.9.2014 niedergelegt hat. Ebenfalls ist es sehr bedauerlich, dass der Sprecher der niedersächsischen 60 plus-Bezirke **Rainer Knop** am 7.8. von allen 60 plus-Ämtern zurückgetreten ist.

1. **Sachstand Jubiläumsveranstaltung am 11.10.14 in Mainz**

Zur **Jubiläumsveranstaltung** stellte die Vorsitzende fest, dass die kurzfristige Absage der Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, welche die Festrede beim Jubiläum halten wollte, ausgesprochen ärgerlich ist. Der Vorstand freute sich aber, dass es so schnell gelungen ist, **Ralf Stegner als Festredner** zu gewinnen. Er ist an diesem Tag auf der Buchmesse und wird von Frankfurt aus nach Mainz kommen. Allerdings musste der Ablauf der Festveranstaltung etwas geändert werden.

1. **Aktionstag 2015 (Thema)**

Für den **Aktionstag** rund um den „Europäischen Tag der älteren Generation“ am 29.4.2015 schlug die Vorsitzende zwei Titel vor: *„Rente, Pflege, Sicherheit“* oder *„Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“*. Der Vorstand beschloss, beide Titel dem Bundesausschuss am 11.10.14 vorzuschlagen und dort ein Votum herbeizuführen. Dazu kam nach der Vorstandssitzung noch ein Vorschlag von Reinhold Hemker, der an der Vorstandssitzung nicht teilnehmen konnte: *„Gerecht, weil solidarisch“.*

1. **Bundeskonferenz 2015 (Termin, Thema)**

Bzgl. der nächsten **Bundeskonferenz** wurde ebenfalls beschlossen, dem Bundesausschuss am 11.10.14 einige Themenvorschläge zur Auswahl vorzulegen: *„SPD-Wahlsieg 2017 – nur mit den Alten*“, „Altern in Würde“, „Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“, dazu kam – ebenfalls erst nach der Vorstandssitzung - noch ein Vorschlag von Reinhold Hemker: *„Alt – na und?“*. Der Termin der Bundeskonferenz muss wegen der Antragsfrist rechtzeitig vor dem Bundesparteitag (10.-12.12.15) liegen. Die Bundeskonferenz sollte außerdem in einer sitzungsfreien Woche des Bundestages liegen, um den MandatsträgerInnen die Möglichkeit zu geben, an der Konferenz teilzunehmen. Der Bundesvorstand schlägt deshalb den 16./17. September 2015 vor. Ort der Bundeskonferenz sollte Nordrhein-Westfalen sein. Alternativ wurde von Norwin kurz Sachsen in die Diskussion gebracht. Auch darüber wollen wir auf der Bundesausschuss-Sitzung sprechen und beschließen.

1. **Bericht Parteikonvent**

s.u.

1. **Berichte, Newsletter Nr. 3**

Bei dernächsten Bundesausschusssitzung sollen die Bezirke undLandesverbände nochmal darauf hingewiesen werden, dass mit dem Newsletter eine Möglichkeit geschaffen wurde, auch untereinander Informationen auszutauschen. Leider wird dies nur von wenigen genutzt. Viele Beiträge kommen erst auf Nachfrage oder in schwierig zu übertragender Form. Wir wollen bei der nächsten Bundesausschusssitzung deshalb auch die Akzeptanz und Sinnhaftigkeit des Newsletters abfragen. Wer liest ihn?

1. **Vorbereitung Bundesausschusssitzung am 11.10.14**

s.o.

1. **Verschiedenes**

Auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am 10.10.14 in Mainz werden wir uns ausführlich mit der künftigen Aufgabenverteilung im Bundesvorstand, sowie den Außenvertretungen bei der BAGSO und der ESO beschäftigen. Bei Bedarf ist auch die Situation in Niedersachsen zu besprechen.

1. **Parteivorstandssitzungen am 20.9.14 und am 8.9.14**

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Parteivorstandes am 20.9.14 stand die Vorbereitung des daran anschließenden Parteikonvents. Wie auch schon den Medien zu entnehmen war, erregte insbesondere das geplante Abkommen über *Transatlantic Trade and Investment Partnership (*TTIP) die Gemüter. Es wurden auch Vorwürfe gegen Ralf Stegner, Carsten Sieling und Jan Stöß laut, welche die innerparteiliche und öffentliche Debatte über TTIP und seine Auswirkungen bzw. die „roten Linien“ bei den Verhandlungen auch gegenüber den Medien aufgenommen hatten. Am Ende einigte man sich – auf Vorschlag des Parteivorsitzenden – darauf, die Punkte aus dem gemeinsamen Papier von Wirtschaftsminister Gabriel und DGB zu TTIP in den Initiativantrag des Parteivorstands aufzunehmen und so auch klarere Antworten auf die offenen Fragen zu Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltschutz, der Daseinsvorsorge und der Forderung nach dem Erhalt unserer hohen demokratischen und rechtsstaatlichen Standards zu geben.

Mit den Waffenlieferungen an Kurden, gegen den IS, hat sich der Parteivorstand bereits am 8.9.14 beschäftigt und einen Initiativ-Antrag für den Parteikonvent beschlossen, welcher aber inzwischen noch mehrfach verändert wurde. So wurde den humanitären Herausforderungen und Aufgaben für Deutschland im Verhältnis zu den Waffenlieferungen sehr viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Dies ist sicher auch den Debatten in der Bundestagsfraktion und unserer Resolution zu verdanken. An der Befürwortung der Waffenlieferungen an die Kurden in dem Krisengebiet durch weite Teile des PV hat sich im Laufe des Prozesses nichts verändert.

1. **Parteikonvent am 20.9.14 im WBH**

Tagesordnung:

* Begrüßung und Eröffnung
* Weitere Konstituierung
	+ - Wahl des Tagungspräsidiums
		- Beschlussfassung über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung
		- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
* Beratung der Internationalen Lage
* Rede des Parteivorsitzenden
* Impulsstationen zum Programmprozess „Die digitale Zukunft unserer Gesellschaft“
* Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
* Antragsberatung und Beschlussfassung
* Schlusswort

Eigentlich war der Parteikonvent als Einstieg der SPD in den – für das Wahlprogramm 2017 - als wichtig erachteten Bereich Digitalisierung konzipiert worden. Dieses Thema ist leider wegen der internationalen Entwicklung und der Debatte über TTIP in den Hintergrund getreten.

Allein die Redebeiträge zur internationalen Lage und die sich daran anschließende Antragsberatung für diesen Bereich nahmen über zwei Stunden in Anspruch. Hier wurde auch die im Bundesvorstand der AG 60 plus beschlossene Resolution zu den Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak behandelt. Sie wurde durch den Initiativ-Antrag des Parteivorstandes – den der Konvent mit einer Reihe von Gegenstimmen beschlossen hat - und durch Handeln der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung für erledigt erklärt. Einige von Euch haben mich in den letzten Tagen gefragt, warum wir denn bei diesem Antrag geblieben sind und ihn nicht zurückgezogen haben, da die Waffen ja schon geliefert bzw. auf dem Weg an den Bestimmungsort sind… Ich denke, der Antrag stellt grundsätzliche Fragen zu solchen Exporten. Fragen, die sich künftig immer wieder stellen werden. Denn wie wollen wir verhindern, dass solche Waffen in die Hände derer fallen, denen man sie eigentlich nicht geben will, z.B. der bei uns als Terrororganisation eingestuften PKK. Sie nutzt ja schon jetzt die Gunst der Stunde und ruft die Kurden in der Türkei zu den Waffen – gegen den IS. Und die Grenzen zwischen den Peschmerga, den paramilitärischen Einheiten der Machthaber im Nordirak, Barsani und Talabani, und der PKK sind manchmal fließend. Was passiert, wenn die PKK mit diesen Waffen aus Deutschland versucht, ihren Traum von einem Kurdenstaat, der den Nordirak, aber auch Teile Syriens und der Türkei umfassen würde, endlich zu verwirklichen? Wie haltbar ist die „Rote Linie“, die wir bei der Beteiligung an diesem Konflikt nicht überschreiten wollen? Wird die „Weltpolizei UN“ durch solche Aktionen nicht als völlig machtlos dargestellt? Wer profitiert wiederum davon? Das sind die Fragen, die wir weiter im Auge behalten müssen. Und deshalb haben wir den Antrag nicht zurückgezogen. Ich habe als bayerische Delegierte im Konvent deshalb auch gegen den Initiativ-Antrag des PV gestimmt und diese Ablehnung für unsere AG auch begründet.

Danach folgte die Rede des Parteivorsitzenden zur „Digitalen Zukunft“, in der alle Aspekte der Digitalisierung in unserem Lebensumfeld angesprochen wurden. Es ist schade, dass dieser wichtige Impuls wegen anderer Entwicklungen nicht die Aufmerksamkeit bekam, die er verdient hätte.

Der Prozess rund um TTIP wurde wie im Parteivorstand so auch auf dem Konvent sehr kontrovers diskutiert. Diejenigen, die in ihren Debattenbeiträgen ihre Ängste und Bedenken schilderten, waren jedoch weit in der Überzahl. Der kurzfristig vorher im Parteivorstand noch veränderte Initiativ-Antrag des Parteivorstandes kam jedoch bei den Delegierten gut an und nahm der Debatte etwas von ihrer zweifellos vorhandenen Sprengkraft.

Im zeitlichen Ablauf leider viel zu spät wurde eine Resolution zu 25-jährigen Jubiläum des Falls der Mauer verabschiedet. Vielleicht sollte man bei künftigen Parteitags- und Konventsplanungen etwas flexibler sein und solche einvernehmlichen – aber historisch wichtigen – Resolutionen so rechtzeitig verabschieden, dass noch alle Delegierten teilhaben können.

Die Ergebnisse des Parteikonvents findet Ihr auf der Homepage der SPD oder auf unserer eigenen Homepage. Ich verweise dabei auch auf den Mitgliederbrief von Yasmin Fahimi vom 20. September 2014.

1. **Digitaler Beirat der Orga-Kommission am 19.9.14**

Hier ging es vorwiegend um die Themen „Digitaler Ortsverein“, „Online-Mitgliedervoten“, „Beteiligungsmöglichkeiten wie Umfragen etc. über Internet“ und „Liquid democracy“.

Als Einstieg wurden vier Papiere verteilt bzw. zugesandt: Das Diskussionspapier des WBH „Digitale Mitbestimmung“ und drei Papiere aus Schleswig-Holstein, wo die Genossinnen und Genossen im Januar 2014 im Landesvorstand folgendes beschlossen haben: „Die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder im Internet müssen weiter ausgebaut werden. Es wird experimentell für die kommenden 2 Jahre ein Antragsrecht auf Landesparteitagen, beginnend mit dem LPT September 2014 eingeräumt. Anträge werdend durch Themenforen im Internet vorbereitet. Online-Anträge sollen zunehmend zum Bestandteil der Beratungen auf Parteitagen werden.“

Die KollegInnen aus SH weisen darauf hin, dass die Partei schon einige Anläufe in diese Richtung unternommen hat. Die Ergebnisse einer derartigen Debatte in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 2011/2012 im Zusammenhang mit der damaligen Landtagswahl kann man unter <http://demokratiesommer.de> nachlesen. Auch die Bundes-SPD hat 2011 mit dem Liquid-Democracy-Tool „Adhocracy“ ein Beteiligungsverfahren durchgeführt, aus dem der Leitantrag „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft“ (Beschluss: <http://spd.sh/f-i2f> ) entstanden ist. Die GenossInnen aus SH verweisen auch auf ihren Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, welcher unter <https://mitreden.akdigitalegesellschaft.de> eine Plattform zur Diskussion von Texten installiert hat.

Der digitale Beirat der Orga-Kommission will bei einer der nächsten Sitzungen die Akteure dieser Initiativen, die es in Ansätzen auch in anderen Bundesländern gibt, einladen und sich über ihre Erfahrungen berichten lassen und einiges auch ausprobieren. Man muss sich dabei insbesondere auch mit der Frage beschäftigen, welchen satzungsmäßigen Status die Internet-Ortsvereine haben, wie im Internet erarbeitete Anträge bzw. Ergebnisse von Diskussionen in die Partei hineingetragen werden.

Zusätzlich sei das Medium Intranet eine Möglichkeit, die Geschäftsstellen und die Ortsvereine von aufwendiger, oft lästiger Arbeit zu entlasten. So könnten z.B. über eine geeignete Internetschnittstelle die Eintragungen in der MAVIS in bestimmten Fällen durch das Mitglied selbst auf neuesten Stand gebracht werden oder die Kassenberichte erleichtert werden.

Angelika Graf hat in der Diskussion im digitalen Beirat einerseits darauf hingewiesen, dass es – gerade bei den Älteren - doch noch viele gäbe, die keinen Zugang zum Medium Internet haben. Die Politischen Diskussionen dürften nicht an diesen GenossInnen vorbei gehen. Es sei deshalb aus ihrer Sicht schwierig, politische Diskussionen vorwiegend im Internet zu führen. Dieses Medium könne und dürfe das wirkliche Gespräch unter den GenossInnen nicht ersetzen.

Andererseits brachte sie den Wunsch des Bundesausschusses vor, eine interaktive Diskussions-Plattform für die Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen, und wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Pflege einer solchen Plattform nicht ehrenamtlich erledigt werden könne. Daraus entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die Ansprüche, die man an solch einen Kommunikationsweg, der auch für andere interessant zu sein scheint, stellen müsse. Man war sich einig, dass diese Kommunikation in einem geschlossenen geschützten Raum stattfinden solle und dass die Teilnehmer sich mit ihrem Klarnamen einloggen müssten, um evtl. Beschimpfungen, die es unter Genossen ja auch geben soll, nicht ausufern zu lassen.

Einig war man sich, dass die Partei sich des Themas „Digitalisierung“ annehmen müsse, dass man aber erst am Beginn eines Prozesses stehe, der 2016 sicher noch nicht abgeschlossen sei.

1. **Vernetzungstreffen der AG-Vorsitzenden auf Bundesebene**

Vor der Sitzung des Parteivorstandes und des Konventes am 20.9.14 fand auf Einladung von Angelika Graf in Absprache mit Harald Baumann-Hasske (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen AsJ) ein Vernetzungstreffen der Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaften statt. Es waren neben der AG 60 plus und der ASJ VertreterInnen der AsF, der AfA, der AG Migration, der Jusos, der Schwusos und der AG Bildung anwesend.

Dort wurde von Harald Baumann-Hasske und Angelika Graf aus dem Digitalen Beirat der Organisationskommission berichtet (s.o.).

Die nächste Sitzung der Organisationspolitischen Kommission des PV findet am 10.10.2014 statt. Angelika Graf wird dort von Klaus Barthel (AfA) vertreten. Wir haben auf dem AG-Treffen beschlossen, dass wir die Orga-Kommission bitten wollen, sich im Rahmen des Evaluierungsprozesses der Parteireform ausführlich und im Gespräch mit Vertretern aller AGs in einer der nächsten Sitzungen gesondert mit der Lage der Arbeitsgemeinschaften zu befassen. Dabei sollen dann die Anforderungen an das AG-Referat, das Budget der AGs und der Wunsch aller AGs, an allen Parteivorstandssitzungen teilnehmen zu können, besprochen werden.

Als Vorarbeit dazu wollten die Vertreter der AGs bis Mitte/Ende Oktober 2014 jeweils ein kurzes Papier über die Situation der eigenen Arbeitsgemeinschaft nach der Parteireform verfassen, welches dann in einem gemeinsamen Statement zusammengefasst werden und als Grundlage für die Diskussion mit der Orga-Kommission dienen soll. Wir gehen davon aus, dass dieses Gespräch mit der Orga- Kommission erst im Jahre 2015 stattfinden wird.

Als besonders beunruhigend empfanden die AG-Vertreter die Tatsache, dass Dennis Buchner, der bisherige Abteilungsleiter des für uns zuständigen Referates das WBH Ende September verlassen wird, weil er Landesgeschäftsführer in Berlin geworden ist. Wir müssen uns alle darum kümmern, dass die Stelle möglichst rasch wieder besetzt wird, zumal die Bürosituation im WBH von allen jetzt schon als sehr unzureichend angesehen wurde.

Georg Teichert von den Schwusos regte an, im März/April 2015 einmal ein Vorstandstreffen aller AGs zu veranstalten, bei dem sich die Mitglieder der Vorstände kennenlernen und auch gemeinsame Themen und Aktionen besprechen könnten.

Angelika Graf regte an, bis dahin alle 4-6 Wochen regelmäßige Telefonschaltkonferenzen der Vorsitzenden bzw. deren Vertreter zu veranstalten. Die nächste Tel-Konferenz könnte vor oder nach der nächsten Orga-Kommissionssitzung stattfinden.

Fazit: Es war ein gutes und wichtiges Treffen. Diese Form der Zusammenarbeit sollte fortgesetzt werden, um auf Dauer die (innerparteiliche) Wirksamkeit der AGs – auch unserer AG - zu verbessern. Vielleicht könnten die Landesverbände unserem Beispiel folgen.

1. **Aus der Bundestagsfraktion**

In der öffentlichen Wahrnehmung der Arbeit der Bundestagsfraktion überwiegen derzeit vor dem Hintergrund der Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine die außenpolitischen Themen. Dazu kommt die Diskussion über die innenpolitischen Handlungsfelder im Bereich der Flüchtlingspolitik und der Abwehr der Gefahren durch radikal-islamistische Gruppen.

Trotzdem wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass kurz vor der Sommerpause mit der Diskussion über den Haushalt 2015 im Kabinett die Weiterführung der Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser (MGH) beschlossen wurde. Damit haben die 449 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland endlich Planungssicherheit. Unter Schwarz-Gelb waren die Mittel für die MGHs gekürzt worden. Die erfolgreichen Projekte für das Miteinander der Generationen, die auch der immer älter und bunter werdenden Gesellschaft entsprechen, können damit weitergeführt werden, obwohl die Co-Finanzierung durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfond ausläuft.

Ebenfalls kurz vor der sitzungsfreien Zeit des Parlamentes debattierte der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung (sh. Newsletter Nr. 2).

Die demografiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Petra Crone MdB fordert darüber hinaus Entlastungen für die vielen berufstätigen pflegenden Angehörigen: „Die vielen Angehörigen, die berufstätig sind und gleichzeitig pflegen, verdienen bessere Bedingungen. Sie leisten einen enormen gesellschaftlichen Beitrag. Tagtäglich stehen sie vor der Herausforderung, Familie, Pflege und Beruf in Einklang zu bringen. Diese Menschen brauchen vor allem mehr Zeit. Sie benötigen Zeit, um sehr kurzfristig Pflege zu organisieren, um über einige Monate Pflege zu leisten oder über mehrere Jahre Pflege zu erbringen. Und Zeit heißt hier vor allem Flexibilität. ….. Wir wollen, dass die Möglichkeiten nach dem Pflegezeitgesetz und dem Familienpflegezeitgesetz unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammengeführt und weiterentwickelt werden. Die heute bereits mögliche zehntägige Auszeit für Angehörige soll mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld verknüpft werden. Damit würden wir zum ersten Mal im Bereich der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für eine Lohnersatzleistung sorgen.“

1. **Aus den Landes-und Bezirksverbänden**

**Nordrhein-Westfalen:**

Der Landesvorstand der **NRWSPD AG 60plus** hat sich ausgiebig mit dem Thema „Die Zukunft der älteren Menschen“ beschäftigt.

So auch mit dem Vorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen für ein neues Landespflegegesetz.

Der vollständige Gesetzestitel lautet: *„Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“.*

Hinter dem sperrigen Namen verbergen sich letztlich zwei Gesetze:

* Ein Alten- und Pflegegesetz (APG) und
* eine Neufassung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) für NRW.

Mitglieder des Landesvorstandes der AG 60plus hatten Gelegenheit mit **Michael Scheffler MdL**, (sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) über den Stand des Gesetzesvorhabens zu diskutieren.

v.l.n.r. Wilfried Kramps, Annemarie Pell, Michael Scheffler, Walter Cremer

Michael Scheffler betonte, dass es wichtig und hilfreich war, dass im Vorfeld ausreichend Gelegenheit zur Mitwirkung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW gegeben war. Für die Verbände ist wichtig, dass der Erhalt und der Ausbau ansprechender und bedarfsgerechter Angebote, Einrichtungen und Orte für das Leben im Alter gesichert werden. Darüber hinaus müssen für die Träger die Finanzierung der zukunftsfähigen Angebote und Einrichtungen gegeben sein.

Vor dem Termin im Landtag, hatte der Landesvorstand der NRWSPD AG 60plus Gelegenheit in einer Sitzung mit dem Leiter des Bodelschwingschen Altersheim, Lippstadt – Antonius Mathias – Praxiserfahrungen auszutauschen. Für die AG 60plus ist es wichtig, zusammen mit den Akteuren „vor Ort“ seniorenpolitische Belange zu besprechen.

*Walter Cremer*

**Sachsen-Anhalt**

**Gemeinsame Klausurtagung Sachsen-Anhalt/Bezirk Braunschweig**

Am 9. März 1994 wurde in Köthen die AG 60plus Sachsen-Anhalts gegründet nachdem schon Seniorenorganisationen in einigen Kreisen unseres Landes entstanden waren.

Der Vorstand unserer Arbeitsgemeinschaft nutzte seine nun schon seit Jahren mit dem Vorstand des Bezirkes Braunschweig organisierte Klausur zu einer kleinen **„Jubiläumsfeier“** **aus Anlass des 20ten Gründungstages in Sachsen-Anhalt,** dieses Jahr im Kloster Drübeck im Harz. Der Ehrengäste waren viele; so unsere Bundesvorsitzende der AG 60plus, die stellvertretende SPD Landesvorsitzende, der Landesvorsitzende der AG 60plus Thüringen, eine Reihe von Vorsitzenden unserer anderen Arbeitsgemeinschaften sowie der Geschäftsführer des Bezirkes Braunschweig.

Unsere **Genossin Gudrun Biener** aus Dessau, schon vor 20 Jahren Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft, welche aus historischen Gründen der „Nachwende“ seinerzeit bereits für Mitglieder ab 50 Jahre vorgesehen war, gehört noch immer unserem Landesvorstand an. Ihr Engagement wurde mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt.

Mit vielen freundlichen und anerkennenden Worten erfuhr die Arbeit unserer AG Anerkennung, sowohl durch die stellv. Landesvorsitzende als auch durch die Bundesvorsitzende der AG.

Für die aktuelle Klausur war das Thema „Zukunft, Grenzen und Möglichkeiten eines sozial gerechten Gesundheitssystems für Jung und Alt in Deutschland“ gewählt worden, wozu am ersten Tag Sozialminister Norbert Bischoff und am zweiten Tag Gerriet Schröder (AOK) referierten und mit uns diskutierten.

Schwerpunkt der Diskussionen war die Pflegeversicherung. So wurde die Forderung erhoben die private Bezahlung der Pflegeausbildung abzuschaffen sowie Regelungen bei den Qualifizierungsanforderungen zu modifizieren. Warum müssen z.B. bei einfacheren Pflegeleistungen examinierte Krankenschwestern tätig sein?

Für erfolgreiche Pflegeleistungen werden Anreize wie z.B. ein „Pflegebonus“ gefordert.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation erfordert von der Politik endlich Konzeptionen und Visionen für eine Gesundheitspolitik der Zukunft. Die Preispolitik der Pharmaindustrie und ihre Auswirkungen auf die Kosten des Gesundheitswesens bedürfen einer kritischen Beurteilung, so das Gremium.

Wie immer bildete diese Veranstaltung auch eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zur AG 60plus des Bezirkes Braunschweig.

*Norwin Dorn*

**Hessen**

**Aktive Senioren**

Die AG 60plus bilden in Hessen aus Vertreter der Bezirke Hessen-Süd und Hessen Nord einen Landesvorstand. Dieser lud zum 13./14.9.2014 zu einer zweitägigen Arbeitstagung ein.

Die Themen waren:

1. Stellung der Arbeitsgemeinschaften in der neuen Satzung des Landeverbandes Hessen.
2. Leitlinien für die Kommunalwahl 2016 in Hessen
3. Diskussion mit Thorsten Schäfer-Gümbel

Der Landesvorsitzende der SPD Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel erläuterte die Satzungsänderungen, die in der jetzigen Fassung den Bedenken der AG 60plus Rechnung getragen hat und die starke Stellung der AGs bestätigt. Der Landesvorstand der SPD ist in Hessen jetzt alleinig für die Organisation der Wahlkämpfe zuständig und verantwortlich, einschließlich der Listenaufstellung für Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Für die Kommunalwahlen entwickelt er Leitlinien, die dann örtlich umgesetzt werden - (können, sollen).

Die Vorsitzenden der AG 60plus von Hessen-Nord (Siegfried Richter) und Hessen-Süd (Peter Schöbel) haben für die kommunalpolitischen Leitlinien das Papier **Aktive Senioren** entwickelt in dem die notwendigen Elemente einer an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der älteren Generation ausgerichteten Kommunalpolitik festgeschrieben sind.

Die SPD Landtagsfraktion arbeitet an Leitlinien einer modernen Flüchtlingspolitik. Siegfried Richter und Peter Schöbel arbeiten in der Arbeitsgruppe mit, die diese Leitlinien erarbeiten.

Auf der Tagung stellte sich Thorsten Schäfer-Gümbel (stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD) den Genossinnen und Genossen auch zur Beantwortung von zur Zeit in der Partei kontrovers diskutierten Problemen:

1. Thema Waffenlieferung in Krisengebiete (Kurden)
2. TTIP.

*Michael Schell*

**Bayern**

Der Landesvorstand der bayerischen AG 60 plus traf sich am 17./18. September 14 in Passau zu einer Vorstandsklausur. Neben der Vorbereitung auf die Landeskonferenz der AG 60 plus im Frühjahr 2015 und die 60 plus-Bundeskonferenz im Herbst 2015 beschäftigten sich die Vorstandsmitglieder mit dem spannenden Thema **„Wie glauben wir, dass die SPD Chancen zum Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2017 hat?“** Zu dieser Frage legte jeder bayerische 60 plus-Bezirk ein Antwortpapier vor, aus dem für den Landesparteitag ein Antrag der AG 60 plus erarbeitet werden soll. Die Vorschläge waren u.a.

* Ein stärkeres Bekenntnis der SPD-RednerInnen zu ihrer Partei
* Mehr Allgemeinverständlichkeit und Populismus in den Reden
* Mehr Demokratie wagen
* Eine stärkere Verwendung der Begriffe „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ in Wahlprogrammen und Veröffentlichungen der Partei zur Erklärung der Ziele der SPD-Politik
* Eine stärkere Herausarbeitung der Ziele der SPD z.B. in den Bereichen „Soziale Gerechtigkeit“, „Bezahlbarer Wohnraum“, „Friedenssicherung“, „Altersarmut“
* Klare und eindeutige Antworten bei brisanten Fragen wie Waffenlieferungen in politische Krisengebiete oder beim Freihandelsabkommen TTIP
* Stärkung der ehrenamtlichen Mitglieder für den „Mundfunk“, auch durch persönliche Kontaktpflege
* der Aufbau einer professionelleren Organisation, die auch außerhalb von Wahlkampfzeiten kampagnenfähig ist

Außerdem ging es um die auch statistisch belegbare Tatsache, dass ältere Wähler immer mehr den Wahlausgang beeinflussen. Daraus ergibt sich, dass die Partei – will sie die nächste Wahl gewinnen - sich mehr um die älteren Wähler kümmern muss. Wahlprogramme, in denen die Alten nur in Spurenelementen vorkommen, werden – so die bayerische 60 plus - nicht zum Wahlsieg der SPD führen. Sorge machte dem 60 plus–Vorstand auch die immer schwächere Wahlbeteiligung bei den letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Hier forderten einige eine Wahlpflicht. Nur so könne verhindert werden, dass die Wahlverweigerung sich über Generationen vererbe.

 *Angelika Graf*

**Rheinland-Pfalz**

Auf der Sitzung im September 2014 beschäftigte sich der Vorstand der AG 60 plus in Rheinland-Pfalz mit der **Altersdiskriminierung** und wies dabei auf ein ganz besonderes Phänomen hin. „Wie armselig und egoistisch ist unsere Gesellschaft geworden, wenn nach der Verhinderung von Kindertagesstätten die Nachbarschaft nun auch versucht, Senioreneinrichtungen zu verhindern? Dies ist eine Diskriminierung der Älteren.“ Sagte Klaus Hagemann, Vorsitzender der AG 60 plus in Rheinland-Pfalz.

Er bezog sich dabei auf einen Zeitungsbericht, der schilderte, dass mehrere Bürger in einem Ort im Kreis Kusel mit einem Eilantrag den Bau eines Seniorenzentrums in der Nachbarschaft verhindern wollen. Sie befürchteten einen Wertverlust ihrer Grundstücke.

Gustav Herzog MdB war Gast bei dieser Vorstandssitzung. Er informierte über die Arbeit im Bundestag und hob die Gesetzesarbeit im ersten Jahr dieser Legislaturperiode hervor: Mindestlohn, Rente ab 63, EEG, doppelte Staatsbürgerschaft. „Wir als SPD können stolz sein, dass wir viele SPD-Programmpunkte in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt und bereits nach einem Jahr der Großen Koalition mit unseren Ministern in Gesetze gegossen haben.“

Die PKW-Maut lehnte die AG 60 plus ab, da diese CSU-Erfindung nur neue Grenzen in Europa schaffen werde. „Wir haben noch die Grenzen zu Frankreich erlebt, mit Behinderungen der Bevölkerung auf beiden Seiten. Heute ist davon nichts mehr zu spüren. Viele Probleme werden von den Kommunen von „hiwwe un driwwe“ gemeinsam gelöst. Und dabei soll es bleiben.“ so ein Vorstandsmitglied aus der Südpfalz.

*Klaus Hagemann*

1. **Lesenswertes/Informationen**

**„Sicherheit statt Altersarmut: Konzept des Paritätischen Gesamtverbandes für eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung“**: Statement von Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des paritätischen Gesamtverbandes anlässlich der Pressekonferenz am 20. August 2014. (Findet Ihr sicher im Internet)

**„Zusammenhalten, was zusammen gehört – Wirtschaftlicher Erfolg braucht Verteilungskompetenz“** Papier von Carsten Sieling MdB zur wirtschaftlichen Kompetenz der SPD (Zu beziehen über das Bundestagsbüro von Carsten Sieling)

**11) 60 plus-Termine** der Bundesvorsitzenden bzw. von Mitgliedern des Bundesvorstandes

**3.Oktober 2014** Tag der Deutschen Einheit

**10.Oktober, 17.00** Bundesvorstandssitzung, Mainz

**11.Oktober, 10.30** Bundesausschusssitzung, Mainz

**11.Oktober, 14.00 bis ca. 17.00 Uhr** Festveranstaltung 20 Jahre 60 plus, Mainz

**13.Oktober, 12.00 bis 14.30 Uhr** Parteivorstand, Berlin

**18.Oktober** Landesvorstand BayernSPD

**29./30.Oktober** Mitgliederversammlung BAGSO/Fachkonferenz der BAGSO, Frankfurt a.M.

**3.November** Parteivorstand, Berlin

**11.November** Braunkohl-Veranstaltung in Gifhorn

**14.November** Landesvorstand/Landesparteitag BayernSPD, Ansbach

**24.November** Parteivorstand, Berlin

**Und da werden sicher noch ein paar Termine hinzu kommen!!!!**

**30. November: Der neue Newsletter erscheint.**

***Redaktionsschluss 23.11.14***

**Um kurze Beiträge in „word“ – nicht pdf! - aus den Landesverbänden und Bezirken wird gebeten!**